

Voss, Harald

**Article — Digitized Version**

## Entwicklungshilfe für Afrika: Bemerkungen zu einem Buch, das uns auffiel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Voss, Harald (1965) : Entwicklungshilfe für Afrika: Bemerkungen zu einem Buch, das uns auffiel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 1, pp. 31-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133447>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## „Entwicklungshilfe für Afrika“

Bemerkungen zu einem Buch, das uns auffiel\*)

Dr. Harald Voss, Hamburg

Die Diskussion über Probleme der Entwicklungshilfe hat ein neues Stadium erreicht. Es mehren sich die Stimmen, die auf eine erneute Überprüfung der Grundsatzfragen drängen. Nachdem über zwei Jahrzehnte Entwicklungshilfe geleistet worden ist, wird es immer deutlicher, daß die ursprünglichen Annahmen nicht mehr gelten<sup>1)</sup>: Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Entwicklungsländer sehr viel mehr Zeit für den „take off“ benötigen werden, als ursprünglich einmal angenommen wurde. So stehen die Geberländer vor der Frage, ob es überhaupt noch gerechtfertigt ist, die Entwicklungshilfe fortzusetzen und, wenn ja, wie sie am effizientesten zu leisten ist. Während Übereinstimmung darüber herrscht, daß Entwicklungshilfe aus politischen wie moralischen Gründen fortgesetzt werden muß, gehen die Meinungen über das zweckmäßigste Verfahren weit auseinander.

Jan M. D. Little, Fellow des Nuffield College in Oxford, hat als Zwischenergebnis seiner Arbeit während eines dreimonatigen Studienaufenthaltes in fünfzehn, in der Mehrzahl zum „Commonwealth“ gehörenden Ländern Afrikas 1964 die Broschüre „Aid to Africa“ vorgelegt. Diese Studie beschränkt sich auf die Staaten südlich der Sahara und hier wiederum vornehmlich auf die Commonwealth-Länder, ausgenommen Südrhodesien. Trotzdem enthält sie viele Aussagen, die auch für die übrigen Länder des tropischen Afrika von Bedeutung sind. Mit „Aid to Africa“ hat Little eine Grundsatzstudie zur Problematik der Entwicklungshilfepolitik in Afrika vorgelegt, die sich durch ihre komprimierte Gedankenführung ebenso wie durch ihre kritische Analyse auszeichnet. Man darf der für 1965 angekündigten Publikation des Hauptwerkes mit Erwartung entgegensehen.

Little beschäftigt vor allem das Problem, mit welchen Methoden die Ziele der Entwicklungshilfe am besten erreicht werden können. Im Vordergrund steht für ihn diejenige Hilfe, die dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung dient. Hierbei kommt es vor allem darauf an, den wirtschaftlichen Nutzen für die Empfänger zu maximieren. Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die Behandlung bestimmter afrikanischer Wirtschafts-

probleme, soweit sie für das Verständnis der Entwicklungshilfepolitik erforderlich ist. Diese wird sodann getrennt nach den Problemen der Kapitalhilfe sowie der technischen Hilfe und der Forschung behandelt.

### VORAUSSETZUNGEN IN AFRIKA

#### Eine „indische Situation“ in Afrika?

An erster Stelle kommt für Little das Problem des Bevölkerungswachstums. Obwohl die statistischen Unterlagen im allgemeinen noch sehr unzuverlässig sind, ist er sich mit den meisten Beobachtern darüber einig, daß die Wachstumsrate generell sehr hoch ist. Sie dürfte nicht unter 2% pro Jahr liegen — eine Annahme, die durch das neue Demographische Jahrbuch der UNO weitgehend bestätigt wird.<sup>2)</sup> Da das Thema Geburtenkontrolle in weiten Teilen Afrikas tabu ist, sieht Little die Gefahr, daß in Afrika eine „indische Situation“ entsteht, noch bevor die Wachstumsrate merklich gebremst werden kann. Das könnte für Afrika um so ernsthaftere Folgen haben, als die Bevölkerungsexplosion hier zu einem Zeitpunkt begonnen hat, wo die industrielle Entwicklung noch in den Anfängen steckt, während die Explosion in Indien erst fünfzig Jahre nach Gründung großer einheimischer Industrien begann. Schon jetzt besteht kein Zweifel, daß die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung das Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens beeinträchtigt.

Das Haupthindernis für ein rasches wirtschaftliches Wachstum sieht Little nicht im Mangel an Kapital, sondern in der geringen Aufnahmefähigkeit der afrikanischen Länder für Kapitalhilfe in der bisherigen Form. Sie ist für ihn einmal die Konsequenz aus der „mangelnden Entwicklung“ des afrikanischen Menschen selber und zum anderen bedingt durch die wirtschaftliche Zersplitterung des afrikanischen Kontinents und die mangelnde Kenntnis der Methoden, die man für den Einsatz von Kapital zur Entwicklung traditioneller Gesellschaften benötigt. Zu den Problemen, die sich vor allem aus der Entwicklung des afrikanischen Menschen ergeben, zählen die Mängel in Ver-

\*) Jan M. D. Little: „Aid to Africa. An Appraisal of U.K. Policy for Aid to Africa South of the Sahara.“ The Commonwealth and International Library of Science, Technology, Engineering and Liberal Studies. Overseas Development Institute, London 1964.

1) Vgl. The Times, 2. 6. 1964.

2) Vgl. U.N. Demographic Yearbook 1963, 15. Ausgabe, New York, 1964, S. 142 und S. 123-127.

waltung und Wirtschaftsplanung sowie die Schwierigkeiten bei der Förderung kleiner einheimischer Unternehmen.

### Priorität für den landwirtschaftlichen Sektor und Förderung der industriellen Produktion

In diesem Zusammenhang wird ähnlich wie in dem Bericht der zur Reform der französischen Entwicklungshilfe eingesetzten Jeanneney-Kommission<sup>3)</sup> die Priorität für den landwirtschaftlichen Sektor gefordert, in dem noch auf lange Sicht die meisten Menschen beschäftigt sein werden. Da aber die Absatzchancen für die landwirtschaftliche Produktion Afrikas nicht sehr günstig sind, kommt es darauf an, alle Möglichkeiten zur Förderung der nicht-landwirtschaftlichen Produktion auszuschöpfen. Nach Meinung des Autors können zwar kleine einheimische Unternehmen gerade im nicht-landwirtschaftlichen Bereich die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich fördern, doch hält er einen bedeutenden Beitrag in absehbarer Zeit noch nicht für möglich. Günstiger beurteilt Little die Möglichkeiten mittlerer und großer, von Nichtafrikanern geleiteter Unternehmen. Während sich die Nachteile öffentlicher Unternehmen nach seiner Ansicht in Afrika besonders stark bemerkbar machen und sozialistische Konzeptionen besser in entwickeltere Länder passen, glaubt er, daß Privatunternehmen insbesondere durch die Vermittlung von „know-how“ und durch kostenlose Ausbildung von Afrikanern einen wertvollen Beitrag leisten können. Die Erkenntnis, daß ausländische Privatunternehmen die Hauptrolle bei der industriellen Entwicklung Afrikas spielen werden, hat sich, wie die Investitionsgesetze der afrikanischen Länder zeigen, zumindest im Prinzip durchgesetzt. In der Praxis kommt es jedoch, wie Little hervorhebt, nicht selten zu Einmischungen, Nadelstichen u. ä. m., die ebenso wie die Furcht vor politischen Unruhen das Investitionsklima ungünstig beeinflussen.

### Das Problem der Marktengpässe

Ein weiteres entscheidendes Hindernis für die Industrialisierung ergibt sich aus dem geringen Umfang der nationalen Märkte. Little nennt drei Wege, die aus dieser Sackgasse führen können: Protektion, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Produktion für den Export in außerafrikanische Länder. Für die protektionistische Methode sieht er unter den afrikanischen Bedingungen nur eine beschränkte Nutzenanwendung. Eine wichtige Voraussetzung wäre die Bildung von gemeinsamen Märkten oder die Verwirklichung anderer Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Aber auch die Möglichkeit, auf diesem zweiten Weg zu einer schnellen Lösung der Probleme der Industrialisierung zu gelangen, werden, vor allem auf Grund der Erfahrungen des ostafrikanischen gemeinsamen

<sup>3)</sup> Vgl. Ministère d'Etat Chargé de la Réforme administrative: „La Politique de Coopération avec les Pays en Voie de Développement. Rapport de la Commission d'Etude instituée par le décret du 12 mars 1963, remis au Gouvernement le 18 juillet 1963.“ La Documentation Française, Paris 1964, S. 86.

Marktes, skeptisch beurteilt. Auch der dritten Methode sind, soweit nicht attraktive Rohstoffvorkommen vorhanden sind, enge Grenzen gezogen. Hier könnten die entwickelten Länder durch Abbau protektionistischer Maßnahmen gegen potentielle afrikanische Produkte wesentlich günstigere Voraussetzungen schaffen. Als Beispiel ließe sich das neue Assoziierungsabkommen der EWG mit achtzehn afrikanischen Staaten anführen, durch das, wenn auch nur für einen beschränkten Kreis von Staaten, die Möglichkeiten für den Absatz afrikanischer Industrieerzeugnisse verbessert werden. Warum gerade die Textilindustrie als eines der beiden Musterbeispiele für die Errichtung afrikanischer Exportfertigungen genannt wird, leuchtet angesichts der dominierenden Position der asiatischen Niedrigpreisländer auf dem Weltmarkt nicht ganz ein.

Auf Grund seiner Analyse kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die afrikanischen Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkt nur in beschränktem Umfang in der Lage sind, Kapital zu absorbieren. Deshalb ist es, wie betont wird, in den vergangenen Jahren zu erheblichen Fehlinvestitionen gekommen.

### KAPITALHILFE

#### Priorität für Monumente?

Zunächst wird die bisher geleistete öffentliche und private Kapitalhilfe analysiert. Little bemängelt, daß der größte Teil der von westlichen Geberländern geleisteten öffentlichen Hilfe den großen und relativ leicht realisierbaren Projekten, den Monumenten insbesondere im Bereich der Infrastruktur, aber auch des höheren Erziehungswesens, zugeflossen sei. Seine Kritik gilt vor allem den großen Staudammprojekten, die dem Energiebedarf der Empfängerländer, wie am Beispiel des Kariba-Dammes (Südrhodesien) und des Owen-Kraftwerkes (Uganda) gezeigt wird, weit vorseilen. Auch das Projekt des Niger-Dammes ist zu früh in Angriff genommen worden, da Nigeria seinen gesamten gegenwärtigen Energiebedarf zu einem Fünftel der Kapitalkosten durch Erdgas decken könnte. Selbst der Volta-Damm wird, wie Little hervorhebt, auf lange Sicht nur wenig zum Volkseinkommen Ghanas beitragen. Die schwere finanzielle Krise, in der sich Ghana seit einigen Monaten befindet, scheint diese Befürchtungen schon jetzt zu bestätigen.<sup>4)</sup>

Little kommt zu der Schlußfolgerung, daß die finanzielle Unterstützung für allgemeine wirtschaftliche und soziale Kosten in reichlichem oder sogar exzessivem Umfang gewährt worden ist. Demgegenüber sind der landwirtschaftliche und der industrielle Sektor stark vernachlässigt worden. Obwohl die Ursachen hierfür von Geberland zu Geberland variieren, sind doch einige allgemeine Gründe zu erkennen. Little sieht sie einmal in der Beschränkung der Hilfe auf die Finanzierung der Importkosten und zum anderen in der Abneigung der Geberländer gegen die Übernahme laufender Kosten. Das trifft gerade die landwirtschaft-

<sup>4)</sup> Vgl. Ghana: „Economic Survey 1963“, Accra 1964. Zitiert nach: West Africa, Nr. 2474, 31. 10. 1964, S. 1215.

lichen Entwicklungsprogramme, deren Finanzbedarf sich in erster Linie auf den Bezug einheimischer Güter und Leistungen erstreckt und die einen hohen Anteil laufender Kosten zu decken haben. Im industriellen Sektor macht Little insbesondere das Versagen der öffentlichen Entwicklungsgesellschaften verantwortlich, die mit Ausnahme der „Uganda Development Corporation“ ihren Aufgaben bisher nicht gewachsen waren.

### Eklatante Mißerfolge des Ostblocks ...

Die öffentliche Hilfe der Ostblockstaaten hat sich in den vom Verfasser besuchten Staaten im allgemeinen auf die Lieferung von Investitionsgütern und Fabrikanlagen konzentriert. Da sie wirtschaftlich unzulänglich vorgeplant war und technische Hilfe nur in unzureichendem Umfang gewährt werden konnte, hat sie zu eklatanten Mißerfolgen geführt. Zudem wurden die günstigen Kreditkonditionen oft durch hohe Materialpreise mehr als ausgeglichen.

### ... und Kritik an gewissen Methoden der Privatwirtschaft

Die westlichen Privatkredite für den Verkauf von Anlagegütern gehören für Little ungefähr in die gleiche Kategorie wie große Teile der Ostblockhilfe. Westliche Firmen haben die Schwäche der afrikanischen Länder für den Kauf von Luxushotels und nutzlosen Fabrikanlagen voll ausgenutzt. Dabei sollen sich, wofür allerdings, von einem unklaren Fall abgesehen, keine konkreten Beispiele genannt werden, vor allem deutsche und israelische Firmen hervorgerufen haben. Scharfe Kritik übt Little am System der Lieferung schlüsselfertiger Anlagen und fordert eine schärfere Kontrolle seitens der Regierungen, die in Zukunft nur noch Kredite für solche Projekte garantieren sollen, die für das Empfängerland nachweislich von Nutzen sind.

Nachdrücklich wird eine stärkere Kontrolle der Hilfe gefordert und die bisherige Praxis der britischen Re-

gierung, Hilfe mit einem minimalen Aufwand an Kontrolle zu vergeben, kritisiert. Diese Methode war allenfalls so lange anwendbar, wie noch aus der Kolonialzeit genaue Kenntnisse der Verwaltung der Empfängerländer vorhanden waren. Da diese Kenntnisse zurückgehen und da der Bedarf an den spektakulären und leicht realisierbaren Projekten abnimmt, wird es darauf ankommen, einen qualifizierten Apparat für die Verwaltung und Überwachung der britischen Hilfe aufzubauen.

### Nachteile der Lieferbindung

Angesichts der entscheidenden Bedeutung, die die Politik der Geberländer für die Effizienz der Hilfe besitzt, widmet sich Little noch einigen speziellen Aspekten dieser Politik. In gründlicher Analyse werden die nachteiligen Folgen der von den Geberländern in wachsendem Maße praktizierten Lieferbindung für die von ihnen gewährte Hilfe herausgearbeitet. Besondere Aufmerksamkeit wird dem dadurch in den Empfängerländern entstandenen Problem der Finanzierung der nach der Lieferung entstehenden Kosten geschenkt. Da diese Länder im allgemeinen nicht über die hierfür erforderlichen Mittel verfügen, sind sie gezwungen, entweder Geld zu schöpfen und damit möglicherweise das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zu gefährden oder eine bzw. mehrere der folgenden Methoden zugleich anzuwenden: Einmal können sie die angebotene Hilfe zurückweisen, da sie außerstande sind, die Mittel für die Finanzierung der mit jedem Kapitalimport verbundenen Folgekosten aufzubringen; oder man gibt den Projekten mit einem hohen Importkostenanteil die Priorität. Als dritte Möglichkeit bietet sich die Maximierung des Importanteils bestimmter Projekte an. Alle drei Methoden wirken entwicklungshemmend, da sie die durch die Hilfe induzierte binnenländische Entwicklung auf ein Minimum zurückschrauben. Außerdem wird auf die Erfahrung verwiesen, daß durch die Lieferbindung die Kosten der Projekte steigen und der

# Sie können mehr verkaufen ...



## Internationale Frankfurter Messe

21. - 25. Februar 1965

wenn Sie ein marktgerechtes Sortiment führen. Die Auswahl der Artikel, die Sie einkaufen, entscheidet über Ihren Verkaufserfolg. - Das, was Ihre Kunden morgen bei Ihnen suchen, finden Sie auf der Internationalen Frankfurter Frühjahrsmesse 1965.

Hier zeigt - übersichtlich geordnet - eine Reihe absatzverwandter Konsumgüterbranchen ihre neuen Erzeugnisse. Mit fast 3000 leistungsfähigen Ausstellerfirmen aus rund 30 europäischen und überseeischen Ländern verhilft die Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse 1965 Ihnen zu aktueller Marktübersicht und zu wertvollen Einkaufskontakten.

Im vertraulichen Gespräch mit wichtigen Produzenten können Sie sich Klarheit über Qualitäten, Preise und Lieferbedingungen verschaffen. Sie wissen mehr und können mehr verkaufen, wenn Sie die Internationale Frankfurter Frühjahrsmesse 1965 besucht haben.

Messe-Ausweise bei allen Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sowie bei Groß- und Einzelhandelsverbänden im Vorverkauf billiger!

Verwaltungsaufwand der Empfängerländer erheblich wächst. Daher plädiert Little für den Abbau der Lieferbindung.

### Kapitalhilfe, eine säkulare Aufgabe

Als nächster Aspekt der Politik der Geberländer werden die Bedingungen, zu denen die Hilfe gegeben wird, untersucht. Nach Ansicht des Verfassers haben die meisten afrikanischen Länder noch keine übermäßige Schuldenlast zu tragen. Das Risiko einer zu starken Verschuldung liegt gegenwärtig eher in der Aufnahme teurer kurzfristiger und unproduktiver Anleihen über private Unternehmer als in der Übernahme öffentlicher Hilfe. Trotzdem setzt sich Little für eine weitere Verbesserung der Konditionen der öffentlichen Kapitalhilfe des Westens ein. Dabei läßt er sich von der Erkenntnis leiten, daß Afrika sicher noch ein weiteres Jahrhundert auf Hilfe angewiesen sein wird. Unter diesen Umständen erscheint es als sinnvoll, die Laufzeit von Anleihen, wie von den USA bereits praktiziert, auf fünfzig Jahre zu verlängern. Die Zinssätze haben bereits ein verhältnismäßig niedriges Niveau erreicht. Da die afrikanischen Länder etwa 60% der bilateralen öffentlichen Hilfe in Geschenkform erhalten, wird der effektiv gezahlte Zinssatz auf weniger als 1 1/2% geschätzt. Demgegenüber sind Anleihen zu 6% und 7%, wie sie manchmal noch im Rahmen der britischen Hilfe vergeben werden, kaum mehr als Hilfe zu deklarieren.

### Koordinierung — auch die Geberländer tragen eine Verantwortung

Die Koordinierung der Kapitalhilfe ist der dritte Aspekt, unter dem Little die Politik der Geberländer analysiert. Er behandelt die Koordinierung aber nur insoweit, als sie zur Maximierung des Nutzens gegebener Mengen an Hilfe für bestimmte Empfänger oder möglicherweise für regionale Gruppen von Empfängern erforderlich ist. Die meisten Geberländer vertreten — offiziell zumindest — den Standpunkt, daß die Koordinierung Sache der Empfängerländer ist. Das setzt aber voraus, daß der Empfänger über einen guten Plan, ein System von Prioritäten und den erforderlichen Verwaltungsapparat verfügt. Wo das nicht der Fall ist, kann im Rahmen der technischen Hilfe Unterstützung gewährt werden. In manchen Fällen ist aber nach Littles Ansicht die Koordinierung durch die Geberländer selber der beste und vielleicht der einzige Weg, auf diesem Gebiet technische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der Nutzen einer derartigen Zusammenarbeit der Geberländer ist abhängig von der Art der Projekte. Er mag bei Infrastrukturprojekten, zwischen denen wirtschaftlich kaum ein Zusammenhang besteht, nur gering sein. Bei eng miteinander zusammenhängenden Projekten können dagegen nur durch enge Koordinierung Verluste vermieden werden. Das gilt in besonderem Maße für die Landwirtschaft.

Im Empfängerland ist eine derartige Zusammenarbeit der Geberländer noch sehr wenig entwickelt. Sie setzt voraus, daß genügend qualifizierte und mit den örtlichen Bedingungen vertraute Kräfte im Lande oder zumindest in der Region stationiert sind — eine Bedingung, die im allgemeinen nicht erfüllt ist. Außerdem ist eine sehr viel engere Verbindung von Kapitalhilfe und technischer Hilfe erforderlich. Die Frage, durch welches Instrumentarium eine solche Koordinierung am besten gewährleistet ist und in welchem Umfang internationale afrikanische Organisationen wie die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika oder die Afrikanische Entwicklungsbank beteiligt werden können, sollte gründlich erforscht werden.

### Vorzüge der Projekthilfe

Auch in dem speziell der britischen Kapitalhilfe und der britischen Politik gewidmeten Kapitel setzt Little zunächst die in den vorangegangenen Abschnitten begonnene allgemeine Diskussion fort und wägt das Für und Wider der Plan- und der Projekthilfe ab. Da in Afrika anders als etwa in Indien die Voraussetzungen für die Planhilfe im wesentlichen noch fehlen, würde sie, wenigstens vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung her gesehen, zu einer unerträglichen Verschwendung von Kapitalhilfe führen. In solchen Fällen sollen die Geberländer auf die Projekthilfe zurückgreifen.

### Kritik am britischen Verfahren

Obwohl Großbritannien schon seit Jahren dieses Verfahren bevorzugt anwendet, hat Little am britischen Vorgehen einiges auszusetzen. Seiner Meinung nach sollte man sich mehr um die Auswahl, Planung und Kontrolle der Projekte bemühen und die Prioritäten stärker beachten. Außerdem befürwortet er den Versuch, die Hilfe in einem zusammenhängenden Programm zusammenzufassen. Da die gesetzgeberische Basis für die Gewährung von Kapitalhilfe an unabhängige Länder den Erfordernissen der Entwicklungshilfepolitik nicht mehr entspricht, sollte sie vor allem dahingehend erweitert werden, daß über das Haushaltsjahr hinaus längerfristige Engagements gegenüber Ländern wie Indien eingegangen werden können.

Eine aktive und systematischere Entwicklungshilfepolitik macht außerdem eine stärkere Integration der technischen und der Kapitalhilfe erforderlich, als es bei der gegenwärtigen Struktur von Regierung und Verwaltung möglich ist. Daher fordert Little, daß die Verantwortung für die Kapital- wie für die technische Hilfe einem einzigen Ministerium oder einem einzigen Amt übertragen werden soll. Damit kommt er zu einem ähnlichen Ergebnis wie Billerbeck in seiner Studie über die Reform der Entwicklungshilfe<sup>5)</sup> und wie die

<sup>5)</sup> Vgl. Klaus Billerbeck: „Reform der Entwicklungshilfe. Auf der Basis bisheriger Erfahrungen“, Schriften des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, Hamburg 1961, S. 66 ff.

Jeanneney-Kommission im nichtveröffentlichten Teil ihres Berichtes.<sup>6)</sup>

### Höherer Nutzeffekt durch technische Hilfe und Forschung

Zusammenfassend stellt Little fest, daß die meisten afrikanischen Länder nicht noch mehr Kapitalhilfe für den Import von Investitionsgütern benötigen. Die dringenden Verbesserungen müssen vielmehr im Bereich der Verwaltung und bei den Bedingungen und der Verwendung der Hilfe vorgenommen werden. Die prioritäre Aufgabe besteht darin, den Nutzeffekt der Hilfe zu erhöhen. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß der technischen Hilfe und der Forschung die ihnen angemessene Rolle in der Entwicklungshilfepolitik der Geberländer eingeräumt wird. Eine Verstärkung und Verbesserung der technischen Hilfe ist nach Littles Ansicht in Afrika wichtiger als die Erhöhung der Kapitalhilfe.

#### TECHNISCHE HILFE UND FORSCHUNG

Außer Fachleuten aller Art sind vor allem Lehrer im Rahmen der technischen Hilfe in Afrika eingesetzt. Zu den größten „Lieferanten“ zählen Großbritannien, die UNO und die USA. Unter den anderen Ländern spielen die Bundesrepublik, die Sowjetunion und China eine gewisse Rolle. Warum Frankreich, das einen der umfassendsten Beiträge für die technische Hilfe leistet, nicht genannt wird, ist nicht ersichtlich.

#### Schwierige Erfolgskontrolle

Ausführlich beschäftigt sich Little mit dem Problem der Erfolgskontrolle der technischen Hilfe. Die Ausführungen zeigen allerdings, daß die Kenntnisse auf diesem Gebiet noch sehr gering sind und gründliche Forschungsarbeit erforderlich ist. Während die im Rahmen der technischen Hilfe eingesetzten Experten im allgemeinen in beratender Funktion tätig sind, ist in vielen afrikanischen Staaten, vor allem in Ost-, Zentral- und Südafrika, so wenig ausgebildetes einheimisches Personal vorhanden, daß die Experten auch exekutive Posten übernehmen mußten.

#### Maßnahmen zur Verbesserung der technischen Hilfe

Allgemein gewann Little den Eindruck, daß die im Rahmen der technischen Hilfe entsandten Experten von sehr unterschiedlicher Qualität sind. Daher fordert er eine grundlegende Verbesserung und Erweiterung der technischen Hilfe. Zu diesem Zweck schlägt er einmal Maßnahmen personalpolitischer Art vor, durch die mehr und qualifiziertere Bewerber gewonnen werden können. Die bisher unternommenen Maßnahmen britischer Kommissionen sind ihm nicht radi-

<sup>6)</sup> Vgl. Marchés Tropicaux, Nr. 962, 18. 4. 1964, S. 875.

Herausgeber ALEXANDER BREDT

## Weyers Flottentaschenbuch 1965

47. Jahrgang

402 Seiten, 1267 Skizzen und 261 Lichtbilder. Plastikeinband DM 48,—

Einen weitgehenden Einblick in die heutige Zusammensetzung der Flotten, besonders in den Ersatz des konventionellen Kriegsmaterials durch neue Waffen und neue Schiffstypen, gibt der Jahrgang 1965 von „Weyers Flottentaschenbuch“, der neben ausführlichen Flottenlisten auch über 1500 Schiffsskizzen, -photos, sowie Zeichnungen der wichtigsten Marineflugzeuge enthält. Er gibt auch Aufschluß über die relative Größe der Flotten, über die maritime Stärke der USA, das Wachstum der sowjetischen Seemacht und die Einbuße an Einfluß des einst seebeherrschenden England, das jetzt hinter den beiden „Großen“ auf den dritten Rang zurückgefallen ist.



J. F. LEHMANNS VERLAG  
MÜNCHEN

kal genug. Vor allem richtet sich seine Kritik dagegen, daß man die technische Hilfe noch immer als eine Aufgabe von zeitlich begrenzter Dauer betrachtet. Als zweite Maßnahme hält er eine schärfere Verwaltungskontrolle der Arbeit im Empfängerland für erforderlich, eine Aufgabe, um die sich die britische Regierung bislang nur in völlig unzureichendem Maße gekümmert hat. Drittens kommt es darauf an, die Arbeit des Empfängerlandes zu erleichtern. Das kann einmal durch engere Zusammenarbeit der Geberländer, wie sie sie Großbritannien und die USA bereits in Ostafrika praktizieren, geschehen. Weiter wäre es zweckmäßig, wenn die Geberländer die Empfänger regelmäßig über ihre Hilfsmöglichkeiten unterrichten könnten. Die Zahl der Geberländer könnte wesentlich verringert werden, wenn die kleineren unter ihnen sich auf ein gemeinsames „Clearing-House“-Abkommen etwa mit der OECD oder mit der UNO einigen könnten, über das alle Hilfe zu lenken wäre. Außerdem wäre es möglich, die Bedingungen für die Entsendung von Experten und von Übungsprogrammen zu vereinheitlichen. Als vierte Maßnahme wird die Bildung von Projekten angeregt, in denen jeweils eine Gruppe von Experten zusammengefaßt werden kann. Ihre Erfolgchance könnte durch den Einsatz von Kapitalhilfe noch erhöht werden. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit zwischen den Geberländern angeregt und damit eine bessere Voraussetzung für die Integration mehrerer Projekte geschaffen.

## Handbuch der Einheitsbewertung und Vermögensteuer

Band I · EINHEITSBEWERTUNG DER GEWERBLICHEN BETRIEBE UND VERMÖGENSTEUER / Regierungsrat K. Eisenblätter / 1964, 5. erweiterte Auflage, 372 Seiten, Ganzleinen, Verlags-Nr. 4801, DM 36,—. Band II · RICHTLINIEN DER HAUPTORTE / 1954, 270 Seiten, Ganzleinen, Verlags-Nr. 4802, DM 14,80. Band III · EINHEITSBEWERTUNG DES GRUNDBESITZES / Regierungsrat K. Eisenblätter / 1963, 712 Seiten, Verlags-Nr. 4803, DM 63,—.

## Neue Wege der Betriebswirtschaft

Festschrift für Prof. Dr. Walter Thoms zum 65. Geburtstag / herausgegeben von Dr. Erich A. Weilbach unter Mitwirkung von Freunden und Schülern / 1964, 336 Seiten, Kunstledereinband, Verlags-Nr. 5604, DM 54,—. Die Festschrift ist nach Aufbau und Inhalt ein wissenschaftliches Handbuch für den Praktiker mit dem Ziel, der Unternehmensführung neue, d. h. bessere Wege zu weisen.

## Wirtschaftlichkeitsberechnungen als Planungsinstrument

Methoden und Untersuchungen für verfahrensmäßige und industrielle Planung mit Beispielen und Schaubildern / von Walter Sutter, Lehrbeauftragter an der Staatlichen Ingenieurschule EBlingen (Neckar) / 1964, 216 Seiten, Glanzfolienband, Verlags-Nr. 5603, ca. DM 26,80. Die NWB-Neuerscheinung legt die bei der Lösung wirtschaftlicher Fragestellungen auftretenden Probleme zusammenfassend dar und gibt brauchbare Lösungsmöglichkeiten an.

## Der Import und Export

Heft 1 · DIE AUSSENWIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK / 1964, ca. 60 Seiten, Verlags-Nr. 5311, ca. DM 6,—. Heft 2 · DER EXPORT / 1964, ca. 108 Seiten, 11 Anlagen, Verlags-Nr. 5312, ca. DM 12,60. Heft 3 · DER IMPORT / 1964, 88 Seiten, 8 Anlagen, Verlags-Nr. 5313, ca. DM 10,80.

## Verlag Neue Wirtschaft-Briefe

### Schlüsselstellung der Forschung bisher wenig berücksichtigt

Neben der technischen Hilfe räumt Little der Forschung die Priorität bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Entwicklungshilfe ein. Nur dadurch wird es möglich sein, die großen Lücken, die in unserem Wissen von den Entwicklungsländern klaffen, zu schließen und damit die Voraussetzungen für eine systematische Entwicklungspolitik zu schaffen.

Es komme nicht nur darauf an, statistische Daten zu sammeln, sondern auch einen Einblick in die Methoden zu gewinnen, durch die wir uns einigermaßen zuverlässige Informationen über die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen verschaffen können. Für den Wirtschaftsplaner sei es aber auch wichtig, zu wissen, welche Effekte durch Investitionen im Gesundheitswesen oder im Schulwesen induziert werden und wo die vorhandenen Mittel im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums optimal investiert werden können. Hierbei könnten neue Techniken entdeckt werden oder bekannte vereinfacht und damit weniger geschulten Menschen zugänglich gemacht werden.

### Die Aufgaben der Sozialwissenschaften

Trotz dieser großen Möglichkeiten wurden vom „Department of Technical Cooperation“<sup>7)</sup> 1962/1963 nur £ 1,6 Mill., d. h. ca. 1% der britischen Ausgaben für Entwicklungshilfe, für Forschungszwecke ausgegeben. Diese Mittel sind fast ausschließlich der Tropenmedizin und der Landwirtschaft zugeflossen, während den Sozialwissenschaften, wo gewaltige Forschungsarbeit von direkter Relevanz für Afrika und die anderen Entwicklungsländer geleistet werden könnte, kaum Mittel zur Verfügung stehen. Das gilt insbesondere auf dem Sektor des Ausbildungswesens. Hier werden auf Grund der Empfehlungen der Addis Abeba Konferenz von 1961 gewaltige Summen, die von den afrikanischen Staaten und den Geberländern gemeinsam aufgebracht werden müssen, investiert. Es ist zu befürchten, daß dadurch in weiten Teilen Afrikas getreue Reproduktionen des westlichen Erziehungssystems entstehen werden, mit allen Folgen, die sich daraus für die afrikanische Gesellschaftsordnung ergeben: Landflucht, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsexplosion, politische Unruhen. So werden, wie Little es ausdrückt, „Kalkuttas in Afrika geschaffen“.

### Die Notwendigkeit eines Entwicklungsinstituts

Angesichts solcher Perspektiven kommt aller Forschungsarbeit eine hohe Priorität zu. Erfolge sind hierbei aber nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit zu erzielen. Zur Koordinierung dieser Arbeit schlägt Little die Gründung eines mit einem Anfangsbudget von mindestens £ 500 000 dotierten Entwicklungsinstituts

<sup>7)</sup> Bis Oktober 1964 die für die technische Hilfe Großbritanniens zuständige Behörde.

vor, das gleichzeitig zu einem Zentrum für alle mit Entwicklungsländern zusammenhängenden Fragen werden kann. Er glaubt, daß nur auf diese großzügige Weise die Voraussetzung für eine erfolgreiche langfristige Entwicklungspolitik für andere Länder geschaffen werden kann.

Schon wenige Monate nach Erscheinen von „Aid to Africa“ ist eine der wichtigsten Forderungen Littles erfüllt worden. Bei der Bildung der neuen Regierung

in Großbritannien hat sich Premierminister Wilson entschlossen, die Kompetenzen für die Entwicklungshilfepolitik in einem Ressort, dem „Ministry for Overseas Development“, zusammenzufassen. Die Tatsache, daß eine so dynamische Persönlichkeit wie Mrs. Barbara Castle mit der Leitung dieses Ministeriums betraut worden ist, deutet darauf hin, daß mit weiteren Maßnahmen zur Reform der britischen Entwicklungshilfepolitik zu rechnen ist.

## Französische Planung mit neuen Schwerpunkten

Alfred Frisch, Paris

Entgegen einer immer noch weit verbreiteten Meinung besaß die wirtschaftliche Planung in Frankreich nie eine doktrinaire Grundlage, sondern stets einen pragmatischen Charakter. Keine Regierung sah in ihr ein Werkzeug des Dirigismus, sondern vor allem einen Weg, um auf geschmeidige Weise die wirtschaftliche Entwicklung in zweckmäßige Bahnen zu lenken. Sieht man von den eng mit der staatlichen Finanzpolitik verbundenen öffentlichen Betrieben ab, legte der Plan der Wirtschaft keinen Zwang auf, sondern erläuterte lediglich die wünschenswerten Ziele, die auf Grund der sachlich und unvoreingenommen überprüften Möglichkeiten erreicht werden können. Die Planungssachverständigen hielten es in diesem Rahmen für ihre selbstverständliche Pflicht, sowohl die Wirtschaft als auch die Regierung auf die zu erfüllenden Voraussetzungen für eine Verwirklichung der Planungsziele hinzuweisen. Von der Regierung wurde erwartet, daß sie diese Richtlinien jeweils in ihrer Finanz-, Kredit- und Wirtschaftspolitik berücksichtigt, während es sich für die Privatwirtschaft vorwiegend um unverbindliche Anregungen, Empfehlungen oder Warnungen handelte.

### BEGRENZTE MÖGLICHKEITEN DES PLANUNGSAMTES

Will man das französische Planungssystem, das sich nicht mit Unrecht als liberal betrachtet, einigermaßen gerecht beurteilen, muß man seine hier skizzenhaft erwähnten Gegebenheiten in Rechnung stellen und von ihm keine Ergebnisse, die es schon seiner liberalen Tendenz wegen nie versprechen konnte, erwarten. Das Planungsamt besitzt über mehr oder weniger theoretische Warnungen und Empfehlungen hinaus nicht die Möglichkeit, die stark von politischen Erwägungen beeinflusste Regierungspolitik zu bestimmen. Es untersteht dem Premierminister, der hierin vorwiegend ein beratendes Organ sieht. Die mit dem Plan verbundenen Erwartungen können nur dann erfüllt werden, wenn die Regierungspolitik die benötigten Voraussetzungen schafft. Es wäre daher eine sonderbare und

unsachliche Methode, den Plan für inflationistische Tendenzen, ausgelöst durch zu hohe Staatsausgaben oder eine zu großzügige Lohnpolitik, verantwortlich zu machen oder im Hinblick auf wirtschaftspolitische Spannungen und Unebenheiten von einem Fehlschlag der Planungsmethoden zu sprechen.

Bisher befanden sich Plan und allgemeine Wirtschaftspolitik trotz ihrer zweifellos logischen Verbindung auf zwei verschiedenen Ebenen. Die Voraussagen der Planer vermochten nur so weit gültig zu sein, als die wirtschaftspolitische Entwicklung den von ihnen verkündeten Mindestanforderungen entsprach. War dies nicht der Fall, dann durfte man nicht von einem Fehlschlag der wirtschaftlichen Vorausschau sprechen, sondern nur von einer schlechten Wirtschaftspolitik. Der für die Jahre 1966-1970 vorbereitete neue Wirtschaftsplan versucht übrigens, wenigstens theoretisch, einige der vorhandenen Lücken zu schließen, indem er zum ersten Mal genaue Zahlen über die wünschenswerte private Einkommensentwicklung und -verteilung vorsieht. Aber auch dann wird das Planungsamt kaum über seine bisherige Rolle des allseitig mahnenden Gewissens hinauskommen und keinerlei politische Kontroll- oder Regelungsfunktionen erhalten, denn sonst würde man den liberalen Rahmen eindeutig verlassen.

### BISHERIGE ERFOLGE DER „PLANIFICATION“

Selbst unter Vernachlässigung dieser erläuternden Vorbehalte darf man feststellen, daß die französischen Planer in den zurückliegenden Jahren weitgehend ihrer Aufgabe gerecht wurden. Mit ihren Studien und Empfehlungen leisteten sie in einer ersten Etappe einen wertvollen Beitrag zum Wiederaufbau sowie zur Modernisierung der französischen Grundindustrie und der Landwirtschaft, um anschließend für Rationalisierung und Expansion der Privatindustrie wegweisend zu werden. Selbstverständlich mußten von Zeit zu Zeit einige Berichtigungen vorgenommen werden, da sich nicht alles für eine Frist von vier bis fünf Jahren vorsehen läßt, zumal für die Vorbereitung eines Planes weitere zwei bis drei Jahre erforderlich sind. Das